



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Fridays for Future verdient Wertschätzung und den politischen Dialog!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstützt das Anliegen der „Fridays-for-Future“-Demonstrationen und drückt seine Wertschätzung für das staatsbürgerliche Engagement der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus. Er distanziert sich von denjenigen, die den vom Menschen verursachten Klimawandel leugnen.
2. Der Landtag wendet sich dagegen, unterschiedliche Zukunftsfragen wie die einer intakten und lebenswerten Umwelt und die einer guten Bildung gegeneinander aufzuwiegen. Verweise auf drohende Sanktionen wegen der mit den Schülerdemonstrationen verbundenen Verletzung der Schulpflicht sind daher ungeeignet, um mit dem Anliegen der Schülerinnen und Schüler verantwortungsvoll umzugehen und sollen unterbleiben.
3. Der Landtag hält einen politischen Dialog der Landesregierung und des Landesparlaments mit der Fridays-for-Future-Bewegung in Sachsen-Anhalt für nötig.

### **Begründung**

Seit November 2018 finden in immer mehr Ländern jeweils am Freitag Streiks der Schülerinnen und Schüler für einen besseren und konsequenten Klimaschutz statt. Diese Fridays for Future sind inzwischen zu einer weltweiten Bewegung geworden. Sie stehen für das politische Engagement einer jungen Generation, die in ihrem solidarischen Eintreten für Klimaschutz nationale Egoismen und Grenzen überwindet. Am 15. März haben in rund 100 Ländern Fridays-for-Future-Demos stattgefunden. Allein in Deutschland haben über 300.000 Menschen daran teilgenommen. Inzwischen wird der Protest auch von über 23.000 Wissenschaftlern unterstützt, darunter zwei Nobelpreisträger und tausende Professoren. Auch der UN-Generalsekretär hat jüngst seine Unterstützung für „Friday for Future“ erklärt. Die Bewegung gewinnt weltweit an Fahrt und Beachtung. Sie steht für eine grundsätzlich neue Sensibilisie-

(Ausgegeben am 27.03.2019)

rung für den Klimawandel, dessen jüngster Ausdruck die verheerende Überschwemmung in Mosambik ist. Sie tritt damit auch für ein solidarisches und internationalistisches Herangehen an den Klimawandel und seine sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen ein.

Von staatlicher Seite ist in Deutschland bislang kaum ein konstruktiver Umgang mit den Schulstreiks gefunden worden. Exemplarisch dafür steht die Position von Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU), die Schülerstreiks während der Unterrichtszeit ablehnt. Ähnliche Positionen nimmt auch das Bildungsministerium in Sachsen-Anhalt ein. Hierzu ist aus verfassungsrechtlicher Sicht festzustellen, dass kein genereller Vorrang der Schulpflicht vor dem Grundrecht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit besteht. Mit Blick auf den bevorstehenden europäischen Schulstreik am 24. Mai sollte die Landesregierung insgesamt zu einem Dialog mit den Schülern übergehen.

Fridays-for-Future und seine Protagonisten sind mit steigender Relevanz in der öffentlichen Debatte immer stärker Verleumdungen und Diffamierungen durch Leugner des Klimawandels und Klimaschutzgegnern ausgesetzt und bedürfen auch deswegen der Solidarität.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender